



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Henstedt-Ulzburg 23/2003-2008 am
21.03.2006 im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.50 Uhr

Anwesend:

- | | |
|-------------------------|------------------------------|
| 1. Bürgervorsteher | Joachim Süme |
| 2. Gemeindevertreter/in | Rotraut Bolte |
| 3. " | Elisabeth von Bressensdorf |
| 4. " | Folker Brocks |
| 5. " | Simone Brocks |
| 6. " | Hans-Detlev Bruhn |
| 7. " | Heinz-Georg Gülk |
| 8. " | Gudrun Hohn |
| 9. " | Karin Honerlah |
| 10. " | Margitta Neumann |
| 11. " | Horst Ostwald |
| 12. " | Siegfried Ramcke |
| 13. " | Frank Rauen |
| 14. " | Detlef Reinke |
| 15. " | Hans-Joachim Rösel |
| 16. " | Clauss-Dieter Rommerskirchen |
| 17. " | Reinhard Schaar |
| 18. " | Carsten Schäfer |
| 19. " | Jörg Schlömann |
| 20. " | Kai Schmidt |
| 21. " | Johann Schümann |
| 22. " | Wilfried Wengler |
| 23. " | Hans-Joachim Werner |

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Petra Felker als Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreterin Doris Baum
Gemeindevertreter Mariano Córdova
Gemeindevertreterin Edda Lessing
Gemeindevertreterin Christiane Sülau



Bürgervorsteher Süme eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren der Gemeindevertretung und -verwaltung, die erschienenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Zur heutigen Sitzung wurde fristgerecht und ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen. Die Zeit, der Ort und die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung wurden rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht. Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert Bürgervorsteher Süme über einen seitens der SPD-Fraktion, der WHU-Fraktion und Herrn Rösel schriftlich eingebrachten Antrag, die Tagesordnung um den Punkt „*Resolution an die Landesregierung gegen die geplante Kürzung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2007 und 2008*“ zu erweitern. Gemäß § 34 Abs. 4 Satz 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) kann die Gemeindevertretung die Tagesordnung um dringende Angelegenheiten erweitern; der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreterinnen und -vertreter.

Herr Schäfer begründet die Dringlichkeit des Antrages aus seiner Sicht und bittet alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung um Zustimmung.

Herr Wengler sieht die Dringlichkeit nicht und spricht sich dafür aus, über die Angelegenheit zunächst in den Fraktionen zu beraten.

Der Antrag der SPD-Fraktion, der WHU-Fraktion und von Herrn Rösel,

die Tagesordnung um die Angelegenheit „*Resolution an die Landesregierung gegen die geplante Kürzung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2007 und 2008*“ zu erweitern,

wird mit	14 Stimmen	(CDU-Fraktion)
bei	9 Stimmen dafür	(SPD-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Rösel)

abgelehnt.

Somit gilt, entsprechend der Einladung zu der heutigen Sitzung, die folgende

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 22/2003-2008 am 21.02.2006**
- 3. Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern**
- 4. 1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2006**



5. **Zustimmung zu einem Grundstücksverkauf und Erteilung der Vertretungsvollmacht**
6. **Marktplatz Ulzburg**
- Verlegen der Trafostation –
7. **Bebauungsplan Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“, 2. Änderung**
- Aufhebungsbeschluss –
8. **Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“, 3. Änderung**
- Aufstellungsbeschluss -
9. **Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße – westlich Wismarer Straße“**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
10. **Grünordnungsplan zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße – westlich Wismarer Straße“, 1. Änderung**
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss -
11. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
12. **Grundstücksangelegenheiten**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Ein Mitglied der Schützengilde Beckersberg richtet an Bürgermeister Dornquast die Frage, ob die Möglichkeit besteht, den neben der Schützenhalle geplanten Standort für die Neuerrichtung der Skateranlage um ca. 8 m in Richtung Wanderweg am Bürgerpark zu verschieben und damit der Schützengilde Beckersberg die für die Einrichtung einer Bogenschießanlage benötigte Fläche bereitzustellen.

Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass auch im Falle einer entsprechenden Verschiebung des Standorts der Skateranlage die zur Verfügung stehende Fläche nicht ausreichen würde, eine Bogenschießanlage mit einer gewünschten Schießdistanz von 70 oder gar 90 m zu errichten. Um die für die Ausübung des Bogenschießsports erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, wäre ein Areal mit einer Gesamtlänge von mindestens 110 m erforderlich. Darin seien die notwendigen Bereitstellungsräume, der Schützenstand und die Sicherheitsbereiche enthalten. Bei Verzicht auf eine Fanganlage sei ein zusätzlicher Sicherheitsabstand von 50 m einzuhalten. Bereits die 110 m stünden jedoch nicht zur Verfügung, es sei denn, man würde die gesamte, bereits bestehende, Wanderweganlage des Bürgerparks unter hohem Kostenaufwand verlegen.

Bürgermeister Dornquast räumt ein, dass er vor mehreren Jahren seitens der Schützengilde Beckersberg darauf angesprochen wurde, dass diese eventuell beabsichtige, eine Bogenschießanlage neben dem Schützenhaus zu errichten. Konkrete Planungen dazu gab es damals allerdings noch nicht. Er habe seinerzeit deutlich zum Ausdruck



gebracht, dass die Planungen ggf. voranzutreiben und entsprechende Anträge durch die Schützengilde bei der Gemeinde zu stellen seien. Auch habe er gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass die in unmittelbarer Nähe gelegenen Tennisplätze des Sportvereins FC Union Ulzburg ein Problem darstellen könnten, da diesbezüglich erhebliche Sicherheitsvorkehrungen erforderlich seien. Er habe zwar geäußert, dass er eine derartige Erweiterung der Möglichkeiten, den Schießsport zu betreiben, begrüße. Jedoch habe er der Schützengilde zu keinem Zeitpunkt eine Zusage für die Realisierung des Vorhabens gegeben, sondern vielmehr darauf hingewiesen, dass die Entscheidung darüber den gemeindlichen Gremien obliegt.

Bürgermeister Dornquast gibt an, dass bis heute keine diesbezüglichen Anträge durch die Schützengilde Beckersberg bei der Gemeinde gestellt wurden. Auch habe nach seiner Kenntnis bisher überhaupt noch kein Gespräch zwischen den Vorständen des FC Union Ulzburg und der Schützengilde bezüglich eines eventuellen Wechsels der Bogenschießsparte zur Gilde stattgefunden. Während der gesamten Planungsphase für die Neugestaltung des Bürgerparks und die damit verbundene Verlegung der Skateranlage, die bereits 2003 begann und über welche umfassend in allen örtlichen Medien berichtet wurde, habe die Schützengilde keine Einwände geltend gemacht.

Bezug nehmend auf den vorstehenden Sachverhalt bringt Bürgermeister Dornquast seine Entrüstung über kürzlich veröffentlichte Presseberichte zum Ausdruck, in denen ihm seitens der Schützengilde Beckersberg vorgeworfen wurde, er habe sein gegebenes Versprechen hinsichtlich der Errichtung einer Bogenschießanlage am Schützenhaus gebrochen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 22/2003-2008 am 21.02.2006“

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung 22/2003-2008 am 21.02.2006 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Anfragen von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern“

Förderung begabter Schüler/innen durch die Gemeinde

Herr Bruhn nimmt Bezug auf einen in der Norderstedter Zeitung vom 16.03.2006 erschienenen Artikel, in welchem darüber berichtet wurde, dass die Gemeinde für die Förderung von drei besonders leistungsfähigen Schüler/inne/n an der Realschule im Schulzentrum Haushaltsmittel in Höhe von je 1.600 € bereit stellt. Diese Berichterstattung stehe nicht im Einklang mit der Beschlusslage im Kultur- und Jugendausschuss, welche eine Förderung je Schüler/in von 2.300 € vorsieht.

Bürgermeister Dornquast teilt mit, dass von seiner Seite diesbezüglich keine Auskünfte an die Presse erteilt wurden. Selbstverständlich werde die Förderung entsprechend der Beschlussfassung im Ausschuss in Höhe von 2.300 € je Schüler/in erfolgen.



Verletzung der Räum- und Streupflicht auf Gehwegen in der Gemeinde

Des Weiteren teilt Herr Bruhn mit, dass aus eigener Kenntnis einige Bereiche der Gehwege in der Maurepasstraße immer noch nicht vom Schnee befreit sind, obwohl es sich dort um einen Schulweg handelt. Er fragt an, ob seitens der Verwaltung bereits Verwarnungsgelder gegen die betreffenden Anlieger verhängt wurden.

Bürgermeister Dornquast gibt an, dass bereits zahlreiche Verwarnungsgelder von Grundstücksanliegern in der Gemeinde erhoben wurden. Dieses sei jedoch nur in den Fällen möglich, in denen die Verwaltung von der Verletzung der Räum- und Streupflicht Kenntnis erhalte. Dieses geschehe entweder dadurch, dass gemeindliche Mitarbeiter/innen in Verrichtung ihrer Dienstgeschäfte eine diesbezügliche Satzungsverletzung feststellen oder Bürger/innen an die Verwaltung entsprechende Mitteilungen geben.

Sicherheit gemeindlicher Gebäude bei Schneelast

Aus Anlass zahlreicher Presseberichte aus jüngster Zeit über einstürzende Dächer durch Schneelast fragt Herr Schäfer an, wie es diesbezüglich um die Sicherheit der gemeindlichen Gebäude bestellt ist. Er erkundigt sich, ob mögliche Schwachstellen bekannt sind.

Bürgermeister Dornquast informiert, dass die Verpflichtung, die Sicherheit der öffentlichen Gebäude zu gewährleisten, der Gemeinde als Eigentümerin in alleiniger Verantwortung obliegt. Schwachstellen seien nicht bekannt. Insbesondere am Schulzentrum, welches über umfangreiche Flachdachflächen verfügt, sei aufgrund der Bauweise ein Risiko durch Schneelast auszuschließen.

Die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde habe in den letzten Tagen allerdings mögliche Gefährdungen durch herabfallende Eiszapfen und herunterstürzende Schneeflächen von Dächern der öffentlichen Gebäude (z. B. am Rathaus) beseitigt.

Mittagessen an der offenen Ganztagschule am Beckersberg

Herr Schäfer berichtet darüber, dass er zusammen mit Frau Honerlah kürzlich am Mittagessen an der Schule am Beckersberg teilgenommen hat. Eine vorherige Anmeldung sei beim Hausmeister erfolgt. Darüber hinaus hätten nur zwei Schüler von dem Angebot, ein entgeltliches Mittagessen einzunehmen, Gebrauch gemacht. Nach seiner Kenntnis sei die Resonanz allgemein ähnlich gering. Seitens der Gemeinde wurde mit der Lieferfirma jedoch eine Mindestabnahmemenge von 40 Essen vereinbart. Er sieht das Konzept zurzeit als gescheitert an und erkundigt sich, welche Überlegungen in der Verwaltung bestehen, dem Angebot kurzfristig zu mehr Akzeptanz zu verhelfen. Eine Möglichkeit bestünde seines Erachtens z. B. darin, die Eltern zur probeweisen Teilnahme am Mittagessen einzuladen.

Bürgermeister Dornquast bittet darum, die Verwaltung zukünftig *vorher* über derartige Aktionen zu unterrichten. Gleichzeitig informiert er, dass die Verwaltung zu einer der nächsten Sitzungen des Kultur- und Jugendausschusses ein neues Konzept in der Angelegenheit vorlegen wird. Mit der Lieferfirma für die Mittagsverpflegung sei zwischen-



zeitlich eine geänderte Vereinbarung getroffen worden, über die er ebenfalls in der Ausschusssitzung berichten werde. Des Weiteren hofft er, dass mit Beginn des nächsten Schuljahres und der Einführung der offenen Ganztagschule an der Grundschule am Beckersberg eine größere Abnahmemenge erreicht werden kann.

Bürgermeister Dornquast ist nach wie vor der Meinung, dass die erhobenen Kosten von 3,30 € je Mittagessen in Relation zur Qualität angemessen sind. Diese decken den Bezugspreis lediglich zu 90 % zuzüglich der Personalkosten. Im Vergleich dazu werden für die Mittagsverpflegung in den Horten je Essen 4,30 € erhoben, was nie zu Beanstandungen geführt hat. Eine Analogie mit den Verpflegungskosten in Höhe von 1,80 € je Essen am Gymnasium sei nicht gegeben, da dieser Betrag nur den Materialaufwand beinhaltet. Das Kochen werde dort von den Eltern unentgeltlich in Eigenleistung übernommen.

Abschließend informiert Herr Schäfer, dass Frau Honerlah und er am morgigen Tag an der Mittagsverpflegung in der Grundschule in Süfeld teilnehmen werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„1. Nachtragshaushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für das Haushaltsjahr 2006“

Siehe Vorlage.

Herr Brocks berichtet als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt und nennt dabei die Eckdaten des vorliegenden Entwurfs der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2006.

Herr Ostwald informiert über einen seitens der Mitglieder der SPD-Fraktion in der gestrigen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eingebrachten Antrag mit dem Inhalt, einen Teil des Überschusses aus dem Jahresabschluss 2005 in Höhe von ca. 220.000 € für Maßnahmen zu verwenden, für die im Ursprungsentwurf des Haushaltes 2006 seitens der Verwaltung Haushaltsmittel eingeworben wurden und die nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht aufschiebbar sind. Dabei handelt es sich überwiegend um Maßnahmen im Schulbereich sowie hinsichtlich der technischen Ausstattung der Feuerwehr. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die SPD-Fraktion akzeptiert die Ansicht der CDU-Fraktion nicht, dass für die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2006 im Wesentlichen technische Gründe zur haushaltsmäßigen Absicherung der beschlossenen Sperrvermerke den Ausschlag geben sollten. Vielmehr müsse darin das positive Ergebnis der Jahresrechnung 2005 und die damit verbundene Verbesserung der Haushaltssituation Berücksichtigung finden. Jetzt sei der richtige Zeitpunkt für Investitionen. Durch die Vergabe von Aufträgen an ortsansässige Unternehmen könne man Arbeitsplätze erhalten und den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde das für diese verwaltete Geld zurückgeben. Außerdem könne durch das Tätigen von Investitionen Optimismus verbreitet und die erfreuliche Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens aus dem Vorjahr weiter begünstigt werden. Die Meinung der CDU-Fraktion, mit derartigen Überlegungen bis zum 2. Nachtragshaushalt im Herbst des Jahres abzuwarten, um ggf. auf Reserven für nicht vorhersehbare Unwägbarkeiten zurückgreifen zu können, teilt die SPD-Fraktion nicht.



Vor diesem Hintergrund ist den Mitgliedern der SPD-Fraktion außerdem die zu Beginn der Sitzung erfolgte Ablehnung der CDU-Fraktion in Bezug auf eine „Resolution an die Landesregierung gegen die geplante Kürzung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2007 und 2008“ absolut unverständlich, da damit das alleinige Ziel verfolgt werden solle, die Haushaltssituation der Gemeinde in den kommenden Jahren nicht weiter zu verschlechtern.

Herr Schäfer teilt die von Herrn Ostwald zum Ausdruck gebrachte Auffassung der SPD-Fraktion. Auch er spricht sich namens der WHU-Fraktion dafür aus, einen Teil des Überschusses aus dem Jahresabschluss 2005 für nach Ansicht seiner Fraktion dringend erforderliche Maßnahmen zu verwenden, die zwar von der Verwaltung eingeworben aber von der CDU-Fraktion aus dem Haushalt gestrichen wurden. Er benennt diese im Einzelnen.

Herr Rösel kündigt seine Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurf für die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2006 an. Dennoch ist auch er der Meinung, dass der Überschuss aus der Jahresrechnung 2005 möglichst kurzfristig in die örtliche Wirtschaft investiert werden sollte, um dadurch einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu leisten.

Auch im Hinblick auf das gute Ergebnis der Jahresrechnung 2005 bittet Bürgermeister Dornquast, die zukünftigen finanziellen Risiken nicht außer acht zu lassen. Er berichtet, dass im Entwurf zum 1. Nachtragshaushalt 2006 jetzt die ursprünglich gesperrten Haushaltsmittel für den Bau neuer Schlichtwohnungen berücksichtigt worden sind. Die Vorgaben der gemeindlichen Gremien hinsichtlich der Einsparung von Personalkosten scheinen mit Blick auf das Vorjahresergebnis erreichbar zu sein. Die Kürzungen in Bezug auf die Unterhaltung und Ergänzung des beweglichen Vermögens seien politisch gewollt. Jedoch sei die Reduzierung der Haushaltsmittel für die bauliche Unterhaltung der gemeindlichen Gebäude wohl nicht realisierbar und in den Beratungen über einen 2. Nachtragshaushalt zu thematisieren. Auch sei absehbar, dass aufgrund der extremen Witterungsverhältnisse in diesem Winter die für den Winterdienst bereit gestellten Haushaltsmittel bei Weitem nicht ausreichen werden.

Des Weiteren beträgt die Erhöhung der Kreisumlage entgegen der veranschlagten vier Prozentpunkte nunmehr fünf Prozentpunkte, welches eine tatsächliche Steigerung um ca. 20 % bedeute. Diese Maßnahme des Kreises erachtet Bürgermeister Dornquast als unverantwortlich und willkürlich. Der Kreis schöpfe eigene Sparmöglichkeiten nicht aus sondern belaste statt dessen die Kommunen. Dadurch werde der Finanzspielraum der Gemeinde erheblich enger. Dennoch scheidet nach Meinung von Bürgermeister Dornquast eine Erhöhung der Realsteuern aus, da eine solche für die Bürgerinnen und Bürger nicht zumutbar wäre.

Eine weitere Bedrohung sei das Vorhaben der Landesregierung die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2007 und 2008 in noch nie dagewesener Höhe zu kürzen. Für die Gemeinde Henstedt-Ulzburg wäre eine Reduzierung um 250.000 – 300.000 € die Folge. Die Gemeinde müsse sich daher gegen diese geplante Maßnahme mit aller Kraft wehren. Es könne nicht sein, dass die missglückte Schuldenpolitik des Landes der vergangenen Jahre jetzt auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden soll.



Herr Brocks verteidigt die Auffassung der CDU-Fraktion, zunächst eine angemessene Reserve für nicht vorhersehbare finanzielle Unwägbarkeiten zurückzubehalten und begründet diese. Beispielhaft nennt er das Thema „Neubau des Baubetriebshofes“. Man habe diese Maßnahme zwar vorerst zurückgestellt, jedoch sei hier bereits jetzt Handlungsbedarf absehbar. Die Verwaltung wurde daher beauftragt, diesbezüglich ein Konzept vorzulegen. Des Weiteren stünde das Projekt „Grundschule Ulzburg-Süd“ für die Zukunft an und es sei noch offen, in welcher Form die Finanzierung erfolgen soll.

Herr Wengler begründet die heutige Ablehnung des von den anderen Fraktionen sowie Herrn Rösel eingebrachten Dringlichkeitsantrages in Bezug auf eine „Resolution an die Landesregierung gegen die geplante Kürzung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2007 und 2008“ damit, dass auf Grund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit keine Möglichkeit zur vorhergehenden Beratung in der CDU-Fraktion bestand. Eine solche sei jedoch demokratischer Brauch.

Herr Ostwald stellt für die SPD-Fraktion klar, dass diese in ihrem in der gestrigen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschuss eingebrachten Antrag keine zusätzlichen Ausgaben sondern lediglich die Bereitstellung eines Teils der Haushaltsmittel beantragt habe, welche die Verwaltung in ihrem Ursprungsentwurf zum Haushalt 2006 eingeworben hatte. Dabei sei man davon ausgegangen, dass seitens der Verwaltung bei der Einwerbung der Mittel der Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit beachtet wurde.

Herr Ostwald teilt die zuvor von Bürgermeister Dornquast getroffene Aussage, dass eine Erhöhung der Realsteuern in der Gemeinde auszuschneiden hat. Auch mit der Auffassung von Bürgermeister Dornquast hinsichtlich der Erhöhung der Kreisumlage geht er konform. Er verteidigt nochmals den seitens der SPD-Fraktion in der gestrigen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses eingebrachten Antrag, einen Teil des Überschusses aus dem Jahresabschluss 2005 für die bereits aufgeführten dringlichen Maßnahmen zu verwenden und begründet diesen erneut.

Herr Brocks spricht sich, wie bereits im Ausschuss geschehen, namens der Mitglieder der CDU-Fraktion dagegen aus und erläutert die Gründe dafür.

Auch für Herrn Schäfer ist die zu Beginn der Sitzung erfolgte Ablehnung der CDU-Fraktion bezüglich einer Resolution an die Landesregierung unverständlich. Er erachtet dafür die nächste, im Mai d. J. stattfindende Sitzung der Gemeindevertretung als zu spät.

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Nachtrags-
haushaltssatzung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg für
das Haushaltsjahr 2006 mit allen Bestandteilen und An-
lagen gemäß Vorlage.

Beschlussfassung: 15 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, Herr Rösel)
7 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion
ohne Herrn Schäfer)
1 Stimmenthaltung (Herr Schäfer)



Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Zustimmung zu einem Grundstücksverkauf und Erteilung der Vertretungsvollmacht“

Siehe Vorlage.

Bürgermeister Dornquast macht auf Nachfrage ergänzende Ausführungen zum Bau des Tierheims und dem damit in Zusammenhang stehenden Neubau der Schlichtwohnungen und geht dabei auch auf die Kostenregelungen ein.

Beschluss: Die Gemeindevertretung stimmt dem Verkauf eines ca. 3.340 qm großen Grundstückes im Kirchweg 124 (Grundbuch von Henstedt-Ulzburg, Blatt 5664, Flurstücke 1/226, 1/230 und 1/233 der Flur 3 der Gemarkung Ulzburg) an den Zweckverband Fundtiere Segeberg West und der Mehrfachvertretung im Sinne des § 181 BGB von Herrn Volker Dornquast in dem Kaufvertrag zu.

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

**"Marktplatz Ulzburg"
- Verlegen der Trafostation-**

Siehe Vorlage.

Herr Rauen berichtet als Vorsitzender des Umwelt- und Planungsausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt. Er teilt mit, dass im Ausschuss fraktionsübergreifend Bedenken dagegen bestanden, dem Verwaltungsvorschlag, die neue Trafostation in dem mittleren Pavillon des Marktplatzes unterzubringen, zu folgen. Die Angelegenheit wurde daher zur Beratung in die Fraktionen zurück verwiesen.

Das Ergebnis der Beratungen in der CDU-Fraktion hat ergeben, dass die Trafostation, nicht zuletzt aus Gründen der Kostenminimierung, in der Nähe ihres bisherigen Standortes, allerdings in stark verkleinerter Ausführung, verbleiben sollte. Die Reduzierung der zur Verfügung stehenden Fläche um einen Parkplatz für diesen Zweck sei vertretbar.

Frau Honerlah spricht sich seitens der WHU-Fraktion dafür aus, dem Verwaltungsvorschlag, die Trafostation in den mittleren Pavillon zu verlegen, *nicht* zu folgen. Dadurch würde der Blick auf den Marktplatz noch weiter, als bisher schon geschehen, reduziert und der Pavillon wäre nicht mehr anderweitig nutzbar. Die Verwaltung prüfe derzeit die Möglichkeit einer Unterbringung auf der Rückseite der Grundstücke Bahnhofstraße 3 bzw. 5. Sollte diese nicht gegeben sein, müsse man weitere alternative Standorte ermitteln. Für die WHU-Fraktion wäre als Notlösung auch ein Verbleib der Trafostation auf dem Marktplatz denkbar.



Herr Ramcke fragt an, ob entgegen dem bisherigen Kenntnisstand der Mitglieder der SPD-Fraktion die Aussicht besteht, die Trafostation wesentlich zu verkleinern. Nachdem Bürgermeister Dornquast die Frage aufgrund neuester Informationen bejaht hat, stellt Herr Ramcke namens der SPD-Fraktion den Antrag, die Angelegenheit zur Beratung in den Umwelt- und Planungsausschuss zurück zu verweisen.

Herr Rauen sieht keine Notwendigkeit für eine erneute Beratung im Ausschuss. Er stellt daher für die CDU-Fraktion den Antrag, die Trafostation in verkleinerter Ausführung und günstigerer Lage in der Nähe des bisherigen Standortes zu belassen.

Herr Ostwald sieht weiteren Beratungsbedarf für den Umwelt- und Planungsausschuss. Außerdem sei derzeit noch die Frage einer möglichen alternativen Unterbringung der Trafostation auf der Rückseite der Grundstücke Bahnhofstraße 3 bzw. 5 offen.

Bürgermeister Dornquast weist darauf hin, dass im Falle einer Rückverweisung in den Umwelt- und Planungsausschuss, dessen nächste Sitzung am 08.05.2006 stattfindet, dort aus zeitlichen Gründen eine endgültige Entscheidung ohne spätere Behandlung in der Gemeindevertretung erfolgen müsste.

Der Antrag der SPD-Fraktion, unter Berücksichtigung des vorstehenden Einwandes von Bürgermeister Dornquast,

die Angelegenheit „Marktplatz Ulzburg - Verlegen der Trafostation -“ zur endgültigen Entscheidung am 08.05.2006 in den Umwelt- und Planungsausschuss zu verweisen,

wird einstimmig

angenommen.

Damit erübrigen sich die Beschlussfassungen über den zuvor eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion sowie über den Verwaltungsvorschlag.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“, 2. Änderung“
- Aufhebungsbeschluss -**

Siehe Vorlage.

Beschluss: Der Beschluss zur Durchführung des Bebauungsplanverfahrens für die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 87 „Südlich Am Lindenhof“ für das Gebiet - südlich der Lindenstraße - westlich der Hamburger Straße - nördlich der Schulstraße - für das Grundstück Lindenstraße 7 bis 9 - im Ortsteil Ulzburg - wird aufgehoben.

Beschlussfassung: einstimmig



Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

**„Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“, 3. Änderung“
- Aufstellungsbeschluss -**

Siehe Vorlage.

Herr Rauen weist darauf hin, dass der Umwelt- und Planungsausschuss der Gemeindevertretung mehrheitlich, ohne die Stimmen der Mitglieder SPD-Fraktion, die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt empfohlen hat.

Beschluss:

- 1. Für das Gebiet östlich der Straße Am Wittmoor – nördlich des Waldes – südlich der Wilstedter Straße – westlich der Bebauung Wilstedter Straße Nr. 148 und Nr. 150 wird die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“ aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:**

Veränderung der Baugrenzen

- 2. Die Ausarbeitung der Planentwürfe erfolgt durch die Verwaltung.**
- 3. Die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) ist im Rahmen einer öffentlichen Auslegung oder durch eine Einwohnerversammlung durchzuführen.**
- 4. Die Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird entsprechend § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB durchgeführt. Sie werden entsprechend § 2 Abs. 4 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.**
- 5. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB unter gleichzeitigem Hinweis auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung ortsüblich bekannt zu machen.**

Beschlussfassung: 18 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Rösel)
5 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion)



Bürgervorsteher Süme teilt mit, dass der Umwelt- und Planungsausschuss der Gemeindevertretung mehrheitlich, ohne die Stimmen der Mitglieder SPD-Fraktion, die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt empfohlen hat.

Beschluss:

- 1. Der Entwurf der 1. Änderung des Grünordnungsplans zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Strasse“ mit dem Erläuterungsbericht für das Gebiet südlich der Schulstraße - westlich der Wedentwiete in Verlängerung der Wismarer Straße - östlich der Gemeindegebietsgrenze - werden gebilligt.**
- 2. Der Entwurf des Grünordnungsplans mit dem Erläuterungsbericht dazu sind öffentlich auszulegen. Die nach § 29 BNatSchG anerkannten Naturschutzverbände sowie die betroffenen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 29 LNatSchG zu beteiligen.**

Die Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

Beschlussfassung: 18 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, WHU-Fraktion, Herr Rösel)
5 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion)

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

Bürgervorsteher Süme schließt entsprechend der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung zu Tagesordnungspunkt 12 die Öffentlichkeit aus.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:
„Grundstücksangelegenheiten“
hier: Verkauf eines Gewerbegrundstückes

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.



Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Bürgervorsteher Süme die Öffentlichkeit wieder her und gibt den dazu von der Gemeindevertretung gefassten Beschluss bekannt.

Sodann schließt er die Sitzung.

gez. Joachim Süme
(Bürgervorsteher)

gez. Petra Felker
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)